Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 44

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Industrie

Ungarn

Krumen im Getriebe

Der Direktor einer ungarischen Werkzeugmaschinenfabrik war kürzlich in einigen westlichen Abnehmerländern, um die Meinung der Kunden über die Lieferungen einzuholen. Er brachte manche Beschwerden heim und erläuterte sie anhand besonders anschaulicher Beispiele. So berichtete er von einer elektrischen Anlage, die nicht funktionieren wollte. Als man sie zerlegte, fand man Speisereste. Offenbar hatte die Zwischenverpflegung zur Zeit der Montage stattgefunden.

Die ungenügende Exportqualität von Industrieprodukten ist in letzter Zeit überhaupt ein grosses Thema der ungarischen Presse geworden. Eine ganze Reihe von Beiträgen dazu hat insbesondere die Gewerkschaftszeitung «Nepszabadsag» geliefert, ferner das Parteiorgan «Nepszava» und «Figyelö» (Budapest). Die Kritik konzentriert sich auf drei Hauptmängel: schlechte Montage (Beispiel: an einem einzigen kernphysikalischen Gerät wurde an sieben Stellen das Schweissen vergessen), schlechte, nachlässige Verpackung (Beispiel: von 250 Radiogeräten für Ghana kamen 80 in schadhaftem Zustand an) und mangelhafte Belieferung mit Ersatzteilen, das alte und immer neue Uebel der kommunistischen Planwirtschaft (Beispiel: in westlichen Ländern besteht der Werkzeugmaschinenexport zu 16 Prozent aus Ersatzteilen, in Ungarn nur zu 10 Prozent).

Die Klagen sind übrigens verständlich, wenn man die gegenwärtige Exportentwicklung Ungarns ansieht. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden zwar 30 Prozent mehr Nahrungsmittel als im Vorjahr ausgeführt, aber der Export von Industrieprodukten fiel im gleichen Zeitraum um sechs Prozent. (Das Importvolumen nahm in dieser Periode um 12 Prozent zu, das Exportvolumen dagegen nur um 5 Prozent.)

Immerhin machen solche Klagen auch die Anstrengungen Ungarns um Konkurrenzfähigkeit auf den westlichen Märkten deutlich. Die Maschinenindustrie soll auf einen Stand gebracht werden, der auch höhern Ansprüchen genügt. Ungarn hat hierfür auch im Rahmen der Ostblock-Wirtschaftsorganisation, dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon), besondere Aufgaben erhalten. So wurde ihm die Produktion von 25 Werkzeugmaschinentypen übertragen, die es an die andern RGW-Mitglieder liefern soll.

Die Anstrengungen zur Hebung der Qualität umfassen übrigens mit grösster Selbstverständlichkeit das, was wir im Westen als Werkspionage oder Patentdiebstahl bezeichnen würden. Ueberaus bezeichnend ist dafür etwa eine Erklärung des Chefkonstrukteurs des Instituts zur Entwicklung von Werkzeugmaschinen (SZEFI), die in der «Nepszabadsag» vom 19. Oktober erschien. Sie enthielt unter anderem den aufschlussreichen Satz: «Bisher ist es unserem Forschungsinstitut nicht gelungen, auch nur eine einzige importierte Maschine als Muster zu bekommen, und der Weltstandard ist uns in vielen Belangen nur aus den Fachzeitschriften bekannt.» Dazu also soll der Kauf von Maschinen aus dem Westen dienen: zum Kopieren.

Das Stichwort «Fachzeitschriften» gibt übrigens eine andere Quelle für den Aufbau der kommunistischen Maschinenindustrie an. In jedem kommunistischen Land bestehen zahlreiche Forschungsstellen, die sich mit dieser Arbeit abgeben. Allerdings kann es dabei auch zu wenig fortschrittlichen Resultaten kommen. Ein nettes Beispiel erzählte «Nepszabadsag» kürzlich von der Stahlgiesserei der Lenin-Hüttenwerke, wo gerade ein neues Schweissverfahren ausprobiert wurde. Gleichzeitig wirft die Begebenheit ein Licht auf die Tätigkeit der sogenannten Neuererbewegung. Sie umfasst die Belegschaften, welche selbst Anregungen zu Neuerungen und Verbesserungen im Betrieb finden soll und dafür durch Prämien belohnt wird. In der Praxis sieht das dann allerdings oft so aus, dass etwa ein Konstrukteur oder Ingenieur seine Idee durch einen Arbeiter einreichen lässt, mit dem er sich dann in die Prämie teilt. So oder so spielt das Abschreiben — selbst aus Archivliteratur — jeweils eine grosse Rolle.

Damit zur Erfahrung, die der «Nepszabadsag»-Reporter mit der «Neuererbrigade» im Lenin-Hüttenwerk machte:

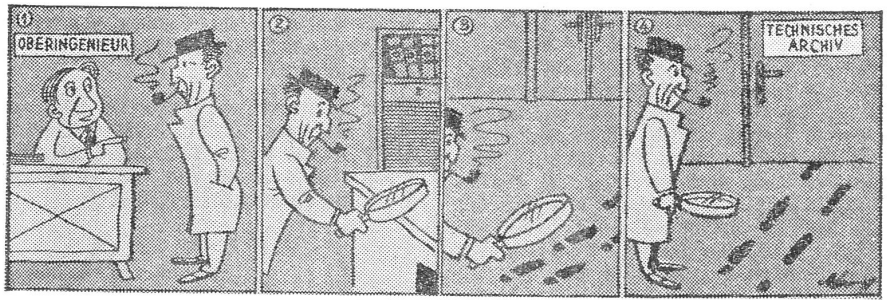
«Die Sache nahm mit einer Kleinigkeit ihren Anfang. Ein ‚alter Hase' machte uns darauf aufmerksam, dass das Termitpulver, das wir der MAV (Ungarische Staatseisenbahnen) zum Schienenschweissen verkaufen, eigentlich auch anderwärts vorteilhaft verwendet werden könnte. Er berief sich dabei auf ein amerikanisches Fachbuch mit rotem Einband; den Titel hatte er allerdings vergessen. Wir fanden dann das Buch in der technischen Bibliothek.

Ich sah mir das Buch mit dem roten Deckel an — heisst es im Bericht weiter. Es war das Jahrbuch des Amerikanischen Stahlinstitutes aus dem Jahre 1929. Es enthielt Angaben über die Termitschweissung und viele interessante Photos. Es mag in den letzten 30 Jahren schon durch viele Hände gegangen sein, und es ist schade, dass es erst jetzt zur Kenntnis der Neuerer gelangte, die die darin enthaltenen Anweisungen verwerteten ...

... Der Chefingenieur der Walzwerke, den ich besuchte, wusste noch nichts von der im April angemeldeten Neuerung. Und gerade damals war eine 15-Tonnen-Stahlwalze zerbrochen ... Ich schlug dem Leiter der Fabrik vor, mit mir nach Diosgyoer zu fahren, um sich über die ungeahnten Möglichkeiten der Neuerung zu informieren.

Wir sprachen also wieder in Diosgyoer vor. Das amerikanische Fachbuch wurde hervorgeholt, und nach kurzem Studium erklärten die Fachleute, dass tatsächlich die Möglichkeit bestehe, die gebrochene Walze zu reparieren ...»

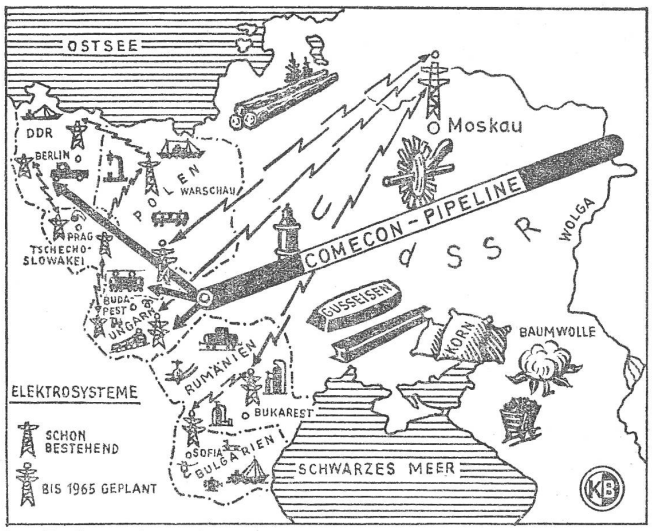
Amerikanische technische Literatur von 1929 als Grundlage für kommunistische Neuerer: Noch scheint der Kapitalismus nicht eingeholt zu sein.



Oberingenieur zum Betriebsinspektor: «Sehr interessant, diese neueste Erfindung. Können Sie ausfindig machen, woher sie kommt?» («Ludas Matyi», Budapest.)

ZIELE DES COMECON-AUSBAUS

bis zum Jahr 1965



Die Wirtschaftsorganisation des europäischen Ostblocks, der Comecon oder RGW, bemüht sich weiterhin um den Ausbau eines einheitlichen Wirtschaftsraumes. Dass es nur langsam vorwärts geht, erklärt sich aus den unterschiedlichen Interessen der Teilnehmerstaaten, die alle bei der vorgesehenen Arbeitsteilung neue Produktionszweige gewinnen, aber keine abgeben wollen.

Dennoch geht es langsam voran. Die Gründung der Comeconbank in Moskau, die den Rubel als internationales Zahlungsmittel einsetzt, ist ein neuer Schritt zur Koordinierung des Waren- und Geldverkehrs. Darüber hinaus sind Vereinbarungen über die Arbeitsteilung im Maschinenbau und in der chemischen Industrie getroffen worden. Unsere Zeichnung der «Prawda Ukraini» zeigt die unmittelbaren Ziele des RGW bezüglich Produktionsspezialisierungen und Energiesystemen. Das Comecon-Verbundnetz, das noch ausgebaut werden muss, ist bereits seit einem Jahr in Betrieb. Die Frage bei der kommunistischen Wirtschaftsintegration ist weniger, ob sie im Prinzip zustande kommt, als vielmehr, wieviel Zeit sie dazu braucht und in welchem Ausmass sie flüssig funktionieren kann.

Widerstand

China

Revolte in Kuangsi

In der Provinz Kuangsi, Südostchina, protestierten am 19. August Bauern in einer Massenrevolte gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung.

Die aufgebrachten Bauern benutzten landwirtschaftliche Geräte als Waffen. Sie hatten ein Gefecht mit kommunistischen Funktionären und der Sicherheitspolizei. Bei diesem Zusammenstoss wurden zehn Bauern durch Maschinengewehrfeuer getötet. Die Kommunisten hatten sechs Tote.

Weiter wurde bekannt, dass die chinesische kommunistische «Organisation für öffentliche Sicherheit» in Kwangtung ihre Untereinheiten in der Küstenprovinz vor möglichen Revolten gewarnt habe. Die Nachrichtenquellen, die sich auf Informationen aus Hongkong berufen, verlauteten weiter, dass die chinesischen Kommunisten die Unterdrückung der «Gegenrevolutionäre» und «Saboteure» verstärkt hätten.

Nach einer vorhandenen Statistik gab es im letzten Jahr in der Provinz Kwangtung 1835 antikommunistische Erhebungen, 420 Sabotageakte und 670 Fälle der Verbreitung antikommunistischen Propagandamaterials. Weiter heisst es, die chinesischen Kommunisten hätten bekanntgegeben, dass im vergangenen Jahr in Kwangtung über 21 000 Personen festgenommen worden wären. 12 000 seien wieder freigelassen worden, sie ständen allerdings unter Beobachtung. Etwa 2000 Personen befinden sich noch in Haft und warten auf die Aburteilung. Die restlichen wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt und mussten sich der «Arbeitsreform» unterziehen.

Ferner wird mitgeteilt, die chinesischen Kommunisten hätten in den letzten Wochen im Küstengebiet von Kwangtung in grossem Umfang unschuldige Menschen festgenommen. Offenbar sei eine Terrorherrschaft ausgebrochen. (IFA)

Partei

CSSR

Im Tauwetter

Das späte Tauwetter in der Tschechoslowakei scheint doch einige bemerkenswerte Versuche nach sich zu ziehen, unter anderem in der Geschichtsschreibung:

Die Verdienste der Tschechoslowaken, die zu «den Wenigen» zählten, die während des Krieges auf westlicher Seite kämpften, werden allmählich auch vom kommunistischen Regime in ihrer Heimat anerkannt.

In der CSSR sind jetzt zwei Bücher erschienen, die das Schicksal derjenigen Tschechoslowaken behandeln, die in den Westen gingen, um dort den Kampf fortzusetzen. Bei diesen beiden Neuerscheinungen handelt es sich um «An der Westfront», verfasst von den beiden jungen tschechoslowakischen Historikern Toman Brod und Eduard Cejka, und um «Eine Bombe für Heydrich», dessen Autoren die beiden Journalisten Jiri Prazak und Dusan Hamsik sind.

In einem von Radio Prag gesendeten Kommentar zum Buch «An der Westfront» hiess es, dass die 7000 Tschechen und Slowaken, die in den Westen gingen, zwar in den Reihen «imperialistischer Armeen» kämpften, dass ihr Kampf aber dennoch der Niederschlagung des Faschismus gegolten habe: «Sie überlegten nicht, wohin sie gingen; sie wollten nur kämpfen.»

(In einer von der amtlichen Nachrichtenagentur CTK veröffentlichten Besprechung über das Buch «Eine Bombe für Heydrich» wurde eingeräumt, dass «die Auffassung» falsch sei, wonach die Tat deswegen in London organisiert worden sei, um die kommunistische Widerstandsbewegung im Lande durch die zu erwartenden deutschen Gegenmassnahmen zu schwächen. Die tschechoslowakische Literatur sei bislang auch «zu kritisch» gegenüber der in London bestehenden tschechoslowakischen Widerstandsorganisation gewesen. Antikommunismus sei keineswegs «das einzige Motiv» für den Anschlag auf Heydrich gewesen.)

In dem Kommentar des Prager Senders hiess es des weitern, dass die Widerstandskämpfer im Westen — insbesondere jedoch die Piloten, die an der Schlacht um England teilnahmen — in der Tschechoslowakei als Helden betrachtet wurden, und zwar trotz der andersartigen Auffassung offizieller Stellen.

«Das Schweigen um diese Männer gab die Gelegenheit für das Entstehen von Legenden ab, die nicht auf Fakten beruhten und von der Wahrheit weit entfernt waren», hiess es wörtlich.

Das Schweigen habe einerseits zu einer Ueberbewertung der Verdienste dieser Männer als auch zu einer abwertenden Betrachtungsweise geführt. Das Buch «An der Westfront» zeige jetzt, wie es wirklich gewesen sei, und trage «erheblich dazu bei, jene Vorurteile zu beseitigen, die bislang bei der Würdigung der Leistungen unserer Kämpfer im Westen an der Tagesordnung waren».

Geschrieben wurde «An der Westfront» bereits 1957. Es ist indessen erst jetzt erschienen, weil — wie Radio Prag meinte — die Tschechoslowakei jetzt dabei sei, «mit den Resten des Personenkults aufzuräumen».

Soziales

Jugoslawien

Arbeitssuche

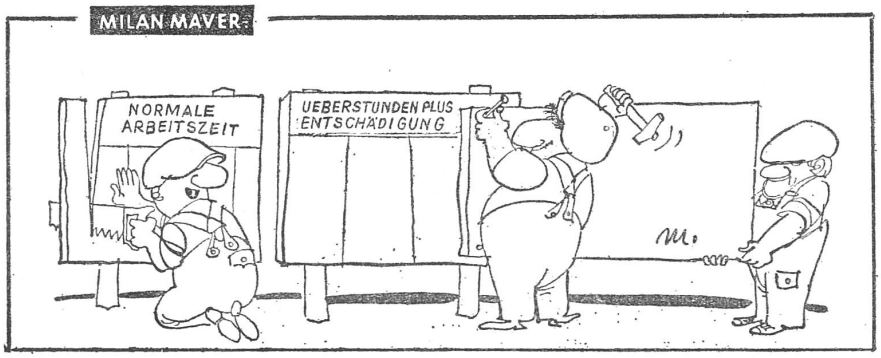
Obwohl es in Jugoslawien offiziell keine Arbeitslosigkeit gibt, veröffentlicht die Monatszeitschrift für Wirtschaftsstatistik doch etwa Listen von Personen, welche als «Arbeitssuchende registriert» sind. Am Ende des letzten Jahres betrug ihre Zahl 274 000, von denen 77 000 erstmals auf Stellensuche waren. (Die relativ grosse Menge unbeschäftigter Jugendlicher dürfte dazu beitragen, dass das Halbstarkenproblem in letzter Zeit an Gewicht zugenommen hat.)

In Hinsicht auf diese knappe Beschäftigungsmöglichkeiten haben die Bemühungen der Regierung um Arbeitszeitverkürzung eine besondere Bedeutung, da bei verkürzter Arbeitszeit die Beschäftigtenzahl wachsen müsste. Die neue Verfassung hat die 42-Stunden-Woche als unmittelbares Ziel bezeichnet, und ihre Einführung wird denn auch vorangetrieben. Natürlich ist der Tendenz der Arbeitgeberfirmen Rechnung zu tragen, mit den gleichen Kräften die vorgeschriebene Leistung einfach mit Ueberstunden zu erreichen, woran je nach Entschädigungssystem auch die Arbeiter interessiert sind. Die Löhne sind ja klein. Für einen Wintermantel etwa muss ein Arbeiter nahezu zwei Monatsverdienste geben, für ein Kilo Fleisch mehr als einen halben Taglohn. Dazu kommt, dass vor allem die saisonale Arbeit, wie das Baugewerbe, schlecht geregelt ist, da die Arbeitnehmer in der toten Zeit nur einen Bruchteil ihres Gehaltes bekommen.

Gerade in diesen Tagen hat Jugoslawien neue Vorschriften für seine Arbeiter im Ausland (betrifft vor allem die Bundesrepublik, in kleinerem Ausmass aber auch die Schweiz) erlassen. Demnach erhalten die ausländischen Arbeitgeber jetzt die Möglichkeit, Arbeitskräfte im Lande selbst direkt anzuwerben, wenn auch die Verhandlungen über Arbeitsvertrag usw. nachher über die Arbeitsämter erfolgen. Die Bewilligung zur Uebernahme einer Beschäftigung im Ausland wird allerdings von zahlreichen Vorschriften abhängig gemacht, die das Arbeitsministerium jetzt in verbindlicher Form veröffentlicht hat. Unter anderm müssen sich die Gemeindebehörden dafür sorgen, dass der betreffende Arbeiter für den Unterhalt seiner Familie in Jugoslawien, für Steuern «und andere Leistungen» aufkommt. Der jugoslawische Bürger wird also nur dann im Ausland arbeiten dürfen, wenn er als Devisenlieferant figurieren kann.

Neue Richtung in der medizinischen Ausbildung

Gemäss Beschluss des Gesundheitsministeriums der Sowjetunion ist im 2. Medizinischen Institut in Moskau eine neue medizinisch-biologische Abteilung (Fakultät) gegründet worden. Diese offizielle Bezeichnung widergibt den spezifischen Charakter der neuen Fakultät eigentlich nicht genau. Es handelt sich um eine Abteilung, die Mediziner mit umfangreichen Kenntnissen der Chemie, Physik, Mathematik, Elektronik und Kybernetik vorbereiten soll. Die Absolventen dieser Abteilung sollen nicht praktizierende Aerzte werden, sondern Mitarbeiter an den Forschungsinstituten und an den Lehrstühlen für theoretische Fächer der medizinischen Fakultäten und Institute. Unter den neuen Fächern findet man: höhere Mathematik, Quantenmechanik, Radiobiologie, Nuklearphysik usw.



Vorbereitung der 42-Stunden-Woche. («Delo», Ljubliana.)

Soziales

Ungarn

Ehe und Mitgift

Wie aus einer Sendung von Radio Budapest hervorgeht, hängt ein hoher Prozentsatz ungarischer Mädchen noch immer an so «veralteten» Ideen, wie der kirchlichen Trauung und der Einbringung einer Mitgift in die Ehe. Man hatte in einer Budapester Fabrik für optische Geräte eine Befragung durchgeführt. Die jungen Leute beiderlei Geschlechts waren beispielsweise gefragt worden, ob die Braut eine Mitgift haben sollte. 35 Prozent der Mädchen und 14 Prozent der jungen Männer waren der Ansicht, sie sollte eine Mitgift haben. Die Frage nach einer kirchlichen Trauung beantworteten 35 Prozent der jungen Männer und 45 Prozent der jungen Mädchen positiv.

Im Radiokommentar hiess es dazu, selbstverständlich habe jeder das Recht, sich kirchlich trauen zu lassen, wenn er das wünsche, jedoch sei es «unsere Aufgabe, die jungen Leute so zu beeinflussen und zu erziehen, dass sie diese veralteten und mystischen Ideen überwinden».

17 Prozent der befragten jungen Männer sagten auch, sie würden ihren Frauen nicht gestatten, zu arbeiten, vorausgesetzt natürlich, dass sie sich das leisten könnten.

Bildung

SBZ

Studium nur für SED

Nur noch «leitende Funktionäre der SED» haben seit dem 1. September 1963 die Möglichkeit eines Studiums an einem Industrie-Institut einer Universität oder Hochschule der Sowjetzone sowie am Handels-Institut der Leipziger Karl-Marx-Universität, das nach zwei Jahren mit dem akademischen Grad eines «Diplom-Ingenieur-Oekonom des Industrie-Instituts» bzw. «Diplom-Wirtschaftler des Handels-Instituts» abgeschlossen werden. Dies geht aus der Neufassung einer Anordnung des Sowjetzonen-Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen über Industrie-Institute an den Universitäten und Hochschulen hervor. Nach der bisher gültigen Regelung war ein Studium an diesen Industrie-Instituten für solche Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse möglich, «die sich als leitende Funktionäre der Wirtschaft, des Staatsapparates und in den demokratischen Massenorganisationen bewährt oder als Aktivisten, Erfinder und Rationalisatoren ihre Fähigkeiten zu leitender Arbeit in sozialistischen Betrieben unter Beweis gestellt haben sowie hervorragend bewährte Produktionsarbeiter sozialistischer Brigaden».

Die Ausbildung an den Industrie-Instituten erfolgt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und soll «führende Funktionäre der SED auf den Gebieten der Oekonomie und Technik qualifizieren». Vor Studienbeginn müssen die Studienbewerber einen Vorbereitungslehrgang von drei Monaten absolvieren.

Der Schnappschuss

In der Tschechoslowakei hat sich die Journalistin Helena Sleisowa dafür eingesetzt, dass die Massenorganisationen eine Volkskontrolle über die Partei ausübten. Das Parteiorgan «Rude Pravo» weist das Ansinnen zur Demokratisierung allerdings entrüstet zurück. So weit geht das Tauwetter also nicht, dass solche Sachen in Frage kämen, aber doch weit genug, dass sie öffentlich diskutiert werden.

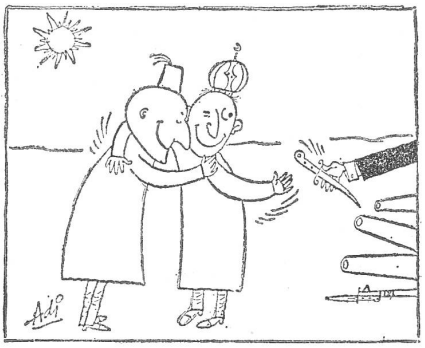
*

«Geistliche verschiedener Konfession nützen die Freiheit der Religionsausübung zu Zwecken der religiösen Propaganda aus.» Der Satz der «Sowjetskaja Kirgisija» beleuchtet das, was der Kommunismus unter Religionsfreiheit versteht. Es fehlt nur noch, dass den Geistlichen vorgeworfen wird, dass sie sich nicht an der atheistischen Aufklärung beteiligen.

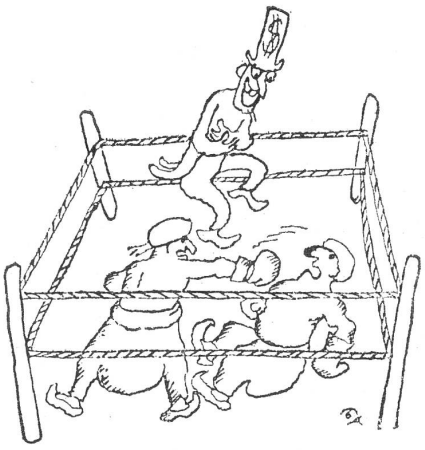
Im Zweifelsfall die «Imperialisten»

Im Grenzkonflikt zwischen Algerien und Marokko fällt es dem Ostblock nicht allzu leicht, eindeutig Partei zu ergreifen. Zwar liegt es nahe, das «revolutionäre» und halbwegs «sozialistische» Regime Ben Bellas gegen die Monarchie Hassans zu unterstützen, wie das Chruschtschew denn auch nach anfänglichem Zögern getan hat. Der Grund für das Zögern liegt darin, dass sich der Ostblock auch um wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit Marokko nicht ohne Erfolg bemüht hat. Marokko hat übrigens von der Tschechoslowakei und der Sowjetunion unter anderm auch Waffen erhalten, die es nun gegen Algerien einsetzen kann.

So hat sich denn folgende Stellungnahme herauskristallisiert: Marokko ist mehr schuld als Algerien, aber an allem Schuld sind die Imperialisten. Welche der westlichen Mächte im besonderen anvisiert wird, kann bei dieser Darlegung, die ja nicht weiter bewiesen werden muss, dahingestellt bleiben. Frankreich hält sich so nachdrücklich aus dem Konflikt heraus, dass dieser nächstliegende Angriffspunkt zulasten der USA eher zurückgestellt wird. So oder so ist die Methode getreulich verfolgt worden, im Zweifelsfalle zunächst einmal den Westen zu beschuldigen und dann weiter zu sehen. Das zeigen auch die ersten Kommentare und Karikaturen, die zu diesem Thema in den kommunistischen Ländern erschienen sind. Man wusste offensichtlich noch nicht, was los war, wusste aber ganz gewiss, dass «die Imperialisten» alles angezettelt hätten. Oder, wie das der «Vorwärts» ohne weitere Belege als allgemeine wirtschaftspolitische Ueberlegungen formulierte: «Alles spricht dafür, dass der marokkanische König nicht nur auf eigene Rechnung handelt, sondern auch im Auftrag imperialistischer Kräfte, von denen er gleich andern arabischen Fürsten für geleistete blutige Dienste die Royalties zu erhalten trachtet.»



Arabische Brüderschaft. In dieser wie auch in den folgenden bulgarischen Karikaturen zu Beginn des Konfliktes wird noch keine Stellung zu den kämpfenden Parteien bezogen, sondern ausschliesslich zum «imperialistischen» Einfluss. Für uns ironisch wirkt an dieser Zeichnung, dass sowohl Algerien als auch Marokko Waffen aus kommunistischen Ländern haben, so dass hier neben der freiwilligen auch eine unfreiwillige Witzsituation dargestellt ist.



Der Dritte im Ring. («Otetschestven Front», Sofia.)

Imperialist vor dem marokkanisch-algerischen Kochtopf: «Noch ein bisschen Oel ins Feuer, und die Suppe wird für mich geniessbar.» («Starschel», Sofia.)

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.